

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleit. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Str. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreis: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile ober deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit in amtlichen Teilen 70 Pf., Restamezelle 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeitung für die Staatshilfsverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatshilfsverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 18

Dresden, Freitag, 22. Januar

1932

Die Not der Länder und Gemeinden. Entscheidung des Reichsrats über den Haushaltsplan.

Berlin, 21. Januar.
Der Reichsrat beriet heute in seiner Vollversammlung über die am Haushaltsplan 1932 vorgenommenen Änderungen. Auf Antrag der Reichsregierung wurde der berichtigte Reichshaushalt zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig folgte der Reichsrat einstimmig folgende Entscheidung:

I. Der Reichsrat stellt fest:
1. Der Einnahmerückgang in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches gegenüber den Vorjahren trifft, wenn man von der Industriemasse und der Verbrauchsabgabe der Reichsbahn abzieht, nicht das Reich, sondern ausschließlich die Länder und Gemeinden, und zwar in Höhe von 750 Millionen RM. gegen 1930 und von mehr als einer Milliarde RM. gegen 1928, während sich beim Reich wegen der Vorwegabgabe der Lebzugssteuer, des Zuschlags zur Einkommensteuer und der Kreissteuer und wegen der übrigen Erhöhungen Währungs- und Wehrerlöse die Waage halten.

2. Infolge des Rückganges dieser Einnahmen und der eigenen Steuern, infolge der Aufkäufe bei den Forsten usw. sowie infolge der reichsgerichtlichen Beschränkung der Realsteuern ergeben sich bei den Ländern trotz strengster Ein- und Ausparungen noch große Defizitbeträge (sowohl für 1931 als für 1932) in Preußen ohne Unterhalt 170 Millionen) als auch im Entwurf für 1932 (in Preußen 150 bis 200 Millionen) und keine Möglichkeiten, 1932 Tilgung schwelender Schulden einzusetzen, während das Reich den Haushalt für 1932 und den Entwurf für 1932 vorläufig gebietet und dabei für 1932 eine von 420 auf 870 Millionen erhöhte Tilgung schwelender Schulden vorsehen hat. Die Haushaltsnotlage des Reiches ist zwar durch die weitere ungenügende Entlastung überholt; diese trifft aber im

gleichen Maße auch die Länder und Gemeinden.

3. Infolge Steigerung der Zahl der Erwerbslosen in Verbindung mit der Tatsache, daß von ihnen die Gemeinden als Wohlfahrtsberufswahllose nicht mehr 21 Proz., wie im Jahresdurchschnitt 1930, sondern etwa 35,6 Proz. (Stand vom November 1931) ganz und in der Krisenfürsorge nicht mehr 14,7, sondern 32,7 Proz. zu einem Anteil unterhalten müssen sowie in Verbindung mit der erwähnten Minderung der Steuererlöse, behalten auch diese Gemeindefinanzen für 1931 und 1932 große Defizitbeträge, deren Deckung nicht möglich ist. Die zusätzliche Überweisung des Reiches an die Gemeinden von 230 Millionen für Wohlfahrtsleistungen reicht demgegenüber nicht aus. Trotzdem hat das Reich im nächsten Jahre nur noch eine Überweisung von 60 Millionen vorsehen.

4. Der Reichsrat erachtet die Reichsregierung im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft bei der Aufstellung des Haushalts für 1932 auf diese Tatsachen Rücksicht zu nehmen. Er erachtet die Reichsregierung insbesondere, an Stelle der für 1932 für das Reich allein vorgezeichneten erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt von 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe gesetzliche außerordentliche Schuldentilgung von jährlich 420 Millionen einzusetzen und die darüber hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden zur Vermehrung oder Deckung von Schulden zuzuwenden, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegenzug zur Preisentwertung stehende Anspannung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erforderlich wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann.

Auslanddeutschtum und inlandsdeutsche Not.

Einem Vertreter des DAV gegenüber äußerte sich der Vorsitzende des DAV, Reichsminister a. D. Dr. Gessler, über die Notwendigkeit, gerade in dieser Zeit den Zusammenhang mit dem Auslanddeutschtum aufrechtzuerhalten und die deutschen Kulturposten außerhalb der Reichsgrenzen nicht zusammenbrechen zu lassen:

„Wir haben es in der Nachkriegszeit durch die Erfahrungen unserer Not gelernt, daß deutsche Volk als eine Gesamtheit zu empfinden, die durch staatliche Grenzen nicht zerrissen werden kann. Gerade so wie wir im Inneren den physischen Untergang deutscher Volksgenossen durch die soziale Wohlfahrtspflege verhindern, dafür größte Opfer gebracht haben und noch weiter zu bringen entschlossen sind, müssen wir die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen vor dem nationalen Untergang bewahren. Das ist nicht nur eine sittlich-nationale Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Forderung, die in unserem eigenen Interesse liegt. Wir können es und gerade jetzt nicht leisten, auf etwa ein Drittel unserer Volksgenossen einfach zu verzichten, die draußen in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung wertvollste Aktivposten sind. Erst mit diesen Auslanddeutschen zusammen bilden wir das deutsche Volk. Was hier zerstört wird, bleibt zerstört. Die Generation die verloren geht, wird uns in ihren Kindern nicht mehr nachwachsen. Erstmalig ist auch die Notwendigkeit einer Fortführung der volkswirtschaftlichen Tätigkeit bisher ungenügend bestritten worden. Die Tatsachen sprechen ja eine sehr deutliche Sprache. Besonders gefährdet ist im

Ausland das deutsche Privatschulwesen Polens, das nur durch inlandsdeutsche Hilfe aufrechterhalten werden kann und laufende deutscher Kinder in Muttersprache und Vaterland erhält. Über 35 000 deutsche Schulkinder sind in Polen bereits ohne deutschen Unterricht. Die Wegnahme des deutschen Landes in Ostpreußen, die Abkehr der deutschen Kulturautonomie im Staat Lettland ist ein deutliches Zeichen dafür, daß fremde Völker die augenblickliche bestmögliche Lage des Reiches auszunutzen wollen. Während im Reich die wirtschaftlich notleidenden Schichten immer noch, und sei es auch in unvollkommenen Maße, die Hilfe des Staates hinter sich haben, fällt diese Hilfe in den ebenfalls von der Krise hart betroffenen Auslanddeutschen für die deutsche Bevölkerung nicht nur fort, sondern die fremden Staaten, wie die Tschechoslowakei, Benzenlogar die Wirtschaftskrise, um die materiellen Lebensgrundlagen des deutschen Volkstums noch weiter zu schwächen. Daß endlich in Südtirol der hartnäckige und heimliche Verfolgungskampf gegen deutsche Sprache und Kultur weitergeht, daß neuerdings sogar gemeinsame Schulklassen deutscher Südtiroler verboten wurden, ist eine leider nicht zu leugnende Tatsache.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland sieht sich daher gerade jetzt gezwungen, an seine Mitglieder, seine Freunde und alle die Millionen, die dem Verbande noch nicht angeschlossen, obgleich sie auch heute noch zu dem reinen materiellen Opfer des Mitgliedsbeitrages von 3 RM. im Jahr imstande sind, die Bitte zu richten, unseren schwer kämpfenden Volksgenossen die Treue zu halten und durch die Tat zu beweisen: Inlandsdeutschtum und Auslanddeutschtum wissen sich eins in der Not und sind auch eins in der Abwehr dieser Not.“

Unwahre Behauptungen über Besprechungen zwischen Reichswehrministerium und Nationalsozialisten.

Berlin, 21. Januar.
In einer Berliner Zeitung wurde heute früh eine sensationelle Darstellung der Besprechungen zwischen Generalmajor v. Scheicher und den Nationalsozialisten gegeben, die das Reichswehr-

ministerium als „große Lügen“ bezeichnet. Die in dem erwähnten Zeitungsbild enthaltenen Unterstellungen über die angebliche Rolle des Generalmajor v. Scheicher bei den Verhandlungen über die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten werden als unsinnige und böswillige Erfindungen bezeichnet.

Das Reichswehrministerium gegen die französischen Behauptungen der deutschen Geheimrüstungen.

Berlin, 21. Januar.
Zu den Presseberichten über die Debatten vor dem Auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer betreffend den deutschen Rüstungsstand erwidert das Reichswehrministerium:

In dem planmäßigen Verleumdungsstückwerk, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über das Thema angelegentlich deutscher Geheimrüstungen veranfaßt haben, stellen die Behauptungen des General Bourgeois und des Senators Uccard einen Gipfelpunkt dar.

Nach diesen Behauptungen soll Deutschland im Widerspruch zum Versailles Vertrag ein mächtiges Heer organisiert haben. Dies wird damit begründet, daß eine große Anzahl von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausgeschieden, um Platz für Rekruten frei zu machen, weiter damit, daß zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden. Deutschland sei dadurch imstande, im Kriegsfalle eine rasche „Stoßarmee“ aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte der neuen Einheiten mit Angehörigen der alten Wehrmacht geweckt werde.

Diese Behauptungen sind erlogen. Die Zahl der Entlassungen und Neueinstellungen ist im Wehrgesetz nach den Vorschriften des Artikels 17 von Versailles genau festgelegt und wird ebenso genau eingehalten. Kein Unteroffizier scheidet aus der Reichswehr vor Vollendung der 12jährigen Dienstzeit aus; es sei denn, daß besondere persönliche Gründe (Dienstunfähigkeit usw.) zu vorzeitigem Ausscheiden zwingen. Die Zahl der aus diesen besonderen Gründen ausscheidenden Soldaten überschreitet jährlich in keinem Falle die in Versailles festgesetzte Quote von 5 Proz. der Gesamtstärke. Eine Ausbildung von Offizieren in verbotenen Schulen ist schon deshalb nicht möglich, weil die geringe Anzahl der deutschen Offiziere zum Dienst in der Truppe benötigt wird und weil es überhaupt verbotene Schulen nicht gibt. Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Truppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist. Wenn General Bourgeois von einer deutschen „Stoßarmee“ gesprochen hat, so verwechselt er die anheimbleibende mit der etwa 60 Millionen starken französischen „Armée de couverture“. Da diese eine voraussetzliche Kriegsstärke von über 1 1/2 Millionen Mann hat, während die Stärke des deutschen Reichsheeres in Frieden und Krieg nur 100 000 Mann beträgt, so ist nicht einzusehen, wie der nur dem Zweck der Kameradschaft dienende Befehl — General Bourgeois gebraucht den völlig irreführenden Ausdruck „Zusammenkünfte“ — von Angehörigen der Reichs-

wehr mit Soldaten der alten zumrücken Wehrmacht die Sicherheit Frankreichs gefährden kann. In Truppeneinheiten gibt es in Deutschland nur die im Takt von Versailles festgelegten Formationen.

Wenn General Bourgeois von der Möglichkeit einer schnellen Umstellung der deutschen Kriegsindustrie auf Kriegsfertigung spricht, so ist darauf zu erwidern, daß keine Industrie, keine Fabrik und kein deutscher Arbeiter sich so schnell auf Kriegsfertigung umstellen kann, wie die mächtigen französischen Bombengeschwader das jeden Luftschiffes umfassende deutsche Gebiet überfliegen können.

Für die von General Bourgeois weiter behauptete Erziehung der Kinder in den Schulen im Sinne einer Revanchepropaganda ist er jeden Beweis schuldig geblieben. Nichts allerdings kann die in der Verfassung von Weimar vorgeschriebene Erziehung der Schuljugend im Geiste der Vätererziehung mehr fördern als die politischen Methoden, die Frankreich in den letzten zwölf Jahren gegen das deutsche Volk gebraucht hat. Deutschland wäre zufrieden, wenn die französischen Schulbücher die Kriegsschuldfrage und die Darstellung des Weltkrieges im gleichen Geiste der Wahrhaftigkeit behandeln würden wie die deutschen.

Die Behauptungen des Senators Uccard über die deutschen Militärausgaben trafen sich durch ihre Lächerlichkeit selbst lösen. Die gesamten deutschen Militärausgaben betragen im Jahre 1930/31 nach den Rüstungsverpflichtungen des Völkerbundes 707 Mill. RM., während die französischen Militärausgaben im gleichen Jahre sich nach den amtlichen Angaben der französischen Regierung auf 13,8 Milliarden Franken, also mehr als das Dreifache der deutschen Ausgaben belaufen. Im Jahre 1931/32 sind die deutschen Wehrausgaben erheblich vermindert worden, das französische Militärbudget erreicht im gleichen Jahre die ungeheure Summe von 18 bis 19 Milliarden Franken.

Uccard wendet sich weiter gegen die von Deutschland betriebene Auffklärung der öffentlichen Meinung über die Abrüstungsfrage. Dazu ist zu sagen, daß Deutschland nicht aufhören wird, das ungeheure Mißverhältnis an Macht, Macht und Sicherheit, das durch die Nichterhaltung des im Takt von Versailles gegebenen Abrüstungsvertrages der Siegermächte hervorgerufen und durch das Werrücken der rüstungslosen Mächte in unerträglicher Weise gesteigert wurde, weiter der Öffentlichkeit der Welt vor Augen zu halten.

Noch keine amtliche Mitteilung über eine Verschiebung der Lausanner Konferenz.

Berlin, 21. Januar.
Zu den von ausländischer Seite getriebenen Wehungen über eine Verschiebung der Reparationskonferenz erfahren wir von unterrichteter Stelle, daß bei der Reichsregierung amtlich von einer Verschiebung der Konferenz noch nichts bekannt ist. Es könne nur immer wieder betont werden, daß Deutschland an seinem alten Standpunkte festhalten müsse, da angesichts der Gefährdung der allgemeinen Weltwirtschaftslage eine Entschädigung des Reparationsproblems umgehend erforderlich sei.

In diesem Zusammenhang wird in politischen Kreisen zu den Vorstellungen, die auf eine Verlängerung des Hoover-Jahres hinzielen, darauf hingewiesen, daß die Wartenennung eines zweiten Hoover-Jahres schon deshalb nicht in Frage kommen kann, weil sie die Abgabe eines Zahlungsversprechens darstellen würde. Die Meldung eines englischen Blattes, Deutschland benötigte einen neuen Reparationsplan auf der Grundlage von Reichsdahlschuldverschreibungen vorzuschlagen, ist ohne jede positive Begründung völlig aus der Luft gegriffen.

Vor dem Abschluß der Stillhalteverhandlungen.

Berlin, 21. Januar.
Wie wir erfahren, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Berliner Verhandlungen mit den Vertretern der ausländischen Stillhaltungsab-

ende dieser Woche zum Abschluß kommen. An dem Text des zweiten Stillhaltevertrages, der ein neues einjähriges Provisorium vorziehen dürfte, wird zurzeit noch gearbeitet. Wie von Ihren hat man sich in der besonders schwierigen Frage der Zinsfrage auf eine Klarheit geeinigt, in der den Gläubigern die Erhebung von Zinsen empfohlen wird. Auch bezüglich der besonders von amerikanischer Seite erhobenen Sicherheitsforderungen ist eine Einigung erzielt worden, die sich auf der mittleren Linie zwischen den ausländischen und deutschen Wünschen hält.

Morgen Unterzeichnung des Abkommens.

Berlin, 22. Januar.
Wie Wolffs Büro hört, ist heute der deutsche Schuldnerausschuß für die Berliner Stillhalteverhandlungen zusammengestellt, um den Bericht der offiziellen Delegierten bei den Stillhalteverhandlungen entgegenzunehmen. Der Text des neuen Stillhalteabkommens wird inzwischen fertiggestellt werden, so daß morgen keine Unterzeichnung in einer letzten Vollversammlung erfolgt.

Rundgebung der deutschen Hochschulen zur Abrüstungsfrage.

Berlin, 22. Januar.
Zur Abrüstungsfrage erlöst der Verband der Deutschen Hochschulen eine Rundgebung. „An die gesamte Weltöffentlichkeit“, worin es unter Hinweis auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz u. a. heißt: